

## **Motion Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Edith Siegenthaler, SP): Jugendsolarprojekte für städtische Lernende**

Damit die Energiewende und die Klimaneutralität gelingt, ist eine stärkere Nutzung der Sonnenenergie für die Stromproduktion zentral. Gemäss dem Gemeinderat soll die Stadt Bern bis spätestens 2035 klimaneutral sein. Um dieses Ziel zu erreichen, werden u.a. bei Sanierungen städtischer Liegenschaften oder bei Neubauten Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) zur Stromgewinnung installiert. Bei der Installation von PV-Anlagen auf Schulhausdächern führt die Stadt Bern sogenannte Jugendsolarprojekte durch (Volksschule Munzinger Sept 2020, Volksschule Bethlehemacker Sept 2021). Die Schülerinnen und Schülern (7.-9. Klasse) setzten sich im Rahmen einer Projektwoche in Theorie und Praxis mit den Themen Sonnenergie und der Energiewende auseinander. In Workshops werden zum Beispiel theoretisches Wissen zur Solarenergie und Energiesparen/Energieeffizienz vermittelt, das Kochen mit einer Solarküche oder der Bau einer Solaranwendung (Solarauto, Solarflugzeug oder Solarlampe). Ein Höhepunkt ist sicherlich die Mitarbeit bei der Montage der Anlage auf dem Schulhausdach. Unter sicherer Anleitung von Fachleuten führen die Jugendlichen verschiedene Arbeitsschritte bei der Montage und der Verkabelung von Solarpanels aus.

Die Erfahrungen der durchgeführten Jugendsolarprojekte sind für alle Beteiligten erfreulich. Daher hat der Gemeinderat sich zum Ziel gesetzt, jährlich mindestens ein Jugendsolarprojekt bei den Schulen durchzuführen. Die bisherigen Anstrengungen sind erfreulich, genügen leider noch nicht. Eine Weiterentwicklung der Jugendsolarprojekte auf weitere Bevölkerungsgruppen ist sinnvoll. Da die Stadt Bern in den nächsten Jahren PV-Anlagen auf städtischen Liegenschaften installieren wird, sollen Lernende der Stadt Bern und von EWB und Bernmobil ebenfalls die Möglichkeit haben, an einem Jugendsolarprojekt mitzuarbeiten.

Der Gemeinderat wird hiermit aufgefordert:

1. Bei der Installation einer Solaranlage (z.B. Photovoltaik-Anlage) auf einer städtischen Liegenschaft wird mindestens alle 2 Jahre ein Jugendsolarprojekt mit den städtischen Lernenden durchgeführt.
2. Ein Konzept zu erstellen, das den Lernenden der Stadt Bern, von EWB, Sunraising und Bernmobil die Möglichkeit bietet, bei der Installation einer Solaranlage (z.B. Photovoltaik-Anlage) auf einer städtischen Liegenschaft und/oder an einem Projekt der erwähnten Firmen teilnehmen zu können.
3. Die notwendigen Mittel für Jugendsolarprojekte «Lernende» sind im IAFP bereitzustellen.

Bern, 25. November 2021

*Erstunterzeichnende: Edith Siegenthaler, Timur Akçasayar*

*Mitunterzeichnende: Daniel Rauch, Ingrid Kissling-Näf, Laura Binz, Michael Sutter, Nora Krummen, Nicole Cornu, Barbara Keller, Bernadette Häfliger, Ayse Turgul, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Nicole Bieri, Alina Irene Murano, Katharina Altas, Diego Bigger, Sara Schmid, Valentina Acher-*  
*mann*

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft mit der Ausbildung von Lernenden inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei

Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Die Stadt engagiert sich gemäss Berufsbildungskonzept<sup>1</sup> für eine nachhaltige Berufsbildung. Das Konzept beinhaltet folgende drei Ziele: Lernende sind fit für den Arbeitsmarkt zu machen, Jugendlichen mit unterschiedlichen Hintergründen ist eine Ausbildung zu ermöglichen und die Stadtverwaltung soll Zugang zu qualifizierten Nachwuchskräften erhalten. Aktuell werden rund 200 Ausbildungsplätze in 22 verschiedenen Lehrberufen angeboten<sup>2</sup>. Mit ihrem Engagement nimmt die Stadt eine sozial- und bildungspolitische Vorbildrolle wahr. Die Abschlussquote im letzten Jahr von rund 93 % zeigt, dass die Integration von Jugendlichen mit unterschiedlichen Hintergründen auch während der Pandemie gelungen ist. Die Stadt ist bestrebt, das Lehrstellenangebot für Jugendliche mit unterschiedlichen Herausforderungen auszubauen, um ihnen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dazu unterstützt sie die Lernenden unter anderem mit individuellen Fördermassnahmen und ist bestrebt, die Qualität der Ausbildung hochzuhalten.

Grundsätzlich begrüsst der Gemeinderat die Jugendsolarprojekte als wichtige Aufklärungsarbeit für Schüler\*innen. Damit wird eine zukunftsweisende klimaneutrale Energiepolitik unterstützt. Es stellt sich allerdings die Frage, ob und inwiefern die Lernenden der Stadt die gewünschte Zielgruppe/Bevölkerungsgruppe darstellen, zumal die Jugendsolarprojekte bereits in der Volksschule verankert werden sollen.

#### *Zu Punkt 1:*

Die Schulklassen der Volksschule sind den ganzen Tag, die ganze Woche und das ganze Schuljahr zusammen. Der Unterricht erfolgt in der Regel im Klassenverband. Gemeinsame Projekte – so zum Beispiel Solarprojekte – lassen sich so ohne grossen administrativen Aufwand in den Schulalltag integrieren. Die Lernenden der Stadtverwaltung hingegen arbeiten dezentral bei fünf Direktionen respektive deren Dienststellen. Sie besuchen unterschiedliche Berufsschulen an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Tagen. Im Unterschied zu den Volksschulen wäre die Realisierung eines Jugendsolarprojekts ausschliesslich während den Berufsschulferien möglich. Es ist nicht realistisch in einer dezentralen Arbeitsorganisation, die Ferienplanung der Lernenden, die auf private und betriebliche Bedürfnisse ausgerichtet ist, zusätzlich auf ein gemeinsames Projekt abzustimmen. Die Durchführung eines Jugendsolarprojekts in der Stadtverwaltung ist deshalb nicht möglich.

Das Thema Nachhaltigkeit ist aber ein fixer Bestandteil der Lehrpläne. So soll gemäss dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI im Rahmen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung der Erwerb von Kompetenzen, sich aktiv und selbstbestimmt an der Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu beteiligen und Mitverantwortung in der Gesellschaft und für die Umwelt zu übernehmen, gefördert werden. Insbesondere soll der Schutz und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie die nachhaltige Energienutzung in der beruflichen Grundbildung vermittelt werden. Mit der «Orientierungshilfe Nachhaltige Entwicklung in der Berufsbildung<sup>3</sup>» fliessen in der beruflichen Grundbildung die Ergebnisse einer Nachhaltigkeitsanalyse ins Qualifikationsprofil des jeweiligen Berufsbilds ein. Dabei wird auf die Kompetenzstufe und die effektive Einflussmöglichkeit im Beruf geachtet. Die Lernenden erfahren so direkt in ihrem jeweiligen Lehrberuf, was nachhaltiges Handeln beinhaltet.

---

<sup>1</sup> [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/2012-12-berufsbildkonz](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/2012-12-berufsbildkonz)

<sup>2</sup> <https://www.bern.ch/berufsbildung>

<sup>3</sup> <https://www.sbf.admin.ch/sbfi/de/home/bildung/berufliche-grundbildung/berufsentwicklung/aspekte/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung.html>

*Zu Punkt 2:*

Wie unter Punkt 1 aufgezeigt wird, lässt sich ein Jugendsolarprojekt bereits innerhalb der Stadtverwaltung aus organisatorischen Gründen nicht realisieren. Deshalb ist ein gemeinsames Projekt mit den Lernenden von ewb und BERNMOBIL, welches noch zusätzlichen Koordinationsaufwand mit sich bringen würde, ebenfalls nicht durchführbar.

*Zu Punkt 3:*

Der Gemeinderat verzichtet aus den vorerwähnten Gründen und auch aus finanzpolitischen Überlegungen, die Stadt kann nicht sparen und gleichzeitig neue Aufgaben übernehmen, darauf, die notwendigen Mittel für Jugendsolarprojekte «Lernende» im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) bereitzustellen.

**Antrag**

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 4. Mai 2022

Der Gemeinderat

